36. Ist § 46 Nr. 1 StGB. anwendbar, wenn der Täter die Ausführung des Diebstahls aufgibt, weil die vorgefundenen Sachen nach Menge oder Wert seinen Erwartungen nicht entsprechen?

III. Straffenat. Ur. v. 8. Juli 1920 g. R. III 626/20.

I. Landgericht Güstrow.

Aus den Gründen:

... Rechtlichen Bedenken unterliegt die Ablehnung des Strafausschließungsgrundes nach § 46 Nr. 1 StGB. Der Beschwerdeführer hat die Ausführung der beabsichtigten Entwendung aufgegeben, weil er in dem Koffer nicht größere Mengen Schleichhandelsware, auf die er es abgesehen hatte, sondern nur kleinere Pakete mit Lebensmitteln vorfand. Mit Unrecht erblickt das Landgericht hierin einen von dem Willen des Angeklagten unabhängigen Umstand, der ihn an der Ausführung des Diebstahls hinderte. Der Rücktritt vom Versuch bewirkt allerdings nur dann Straflosigkeit, wenn er freiwillig ist. Aber nicht jeder äußere Umstand, der den Entschluß des Täters, die beabsichtigte Straftat nicht zur Vollenbung zu bringen, irgendwie mitbestimmt, schließt die Freiwilligkeit des Rücktritts aus. Ein vom Willen des Täters unabhängiger, ihn an der Ausführung hindernder Umstand im Sinn des § 46 Nr. 1 StGB. liegt nur dann vor, wenn er entweder die Ausführung der in Aussicht genommenen Tat schlechthin unmöglich macht oder doch derart auf die Willensrichtung des Täters einwirkt, daß er nach der gewöhnlichen Lebensauffassung für den Täter einen zwingenden Grund abgibt, von der Begehung Abstand zu nehmen (zu vgl. RGSt. Bd. 37 S. 402 [408], Bd. 45 S. 6, Bd. 47 S. 74 [78]). Es kommt also auf den Grad des Einflusses an, den der äußere Umstand auf die Entschlußfassung des Handelnden ausübt. Die Einwirkung muß eine derartige sein, daß man im Sinn des Gesetzes davon sprechen kann, der Täter sei durch sie an der Ausführung der beabsichtigten Handlung „gehindert“ worden. Dann ist der Rücktritt kein freiwilliger mehr.

Beim Diebstahlversuch wird allerdings die Freiwilligkeit des Rücktritts dann zu verneinen sein, wenn der Täter bei unbestimmtem Diebstahlvorsatz überhaupt nichts, bei einem auf Wegnahme bestimmter Sachen oder Gegenstände bestimmter Art gerichteten Vorsatz keine Sachen dieser Art vorfindet. Zweifelhaft kann die Entscheidung sein, wenn jemand erst bei der Ausführung des Diebstahls entdeckt, daß die wegzunehmenden Sachen für seine Zwecke unbrauchbar und wertlos sind (zu vgl. einerseits RGSt. Bd. 39 S. 37 [40], andererseits RGSt. Bd. 45 S. 6 und Ur. IV 832/16 vom 26. Januar 1917). Wenn

aber der Täter sein Diebstahlsvorhaben nur deshalb aufgibt, weil die vorgefundenen Sachen nach ihrer Menge oder nach ihrem Werte seinen Erwartungen nicht entsprechen, so ist das regelmäßig kein von seinem Willen unabhängiger Umstand, der ihn an der weiteren Ausführung des Diebstahls „hinderte“. Denn die Einwirkung eines derartigen Umstandes auf die Entschliebung des Diebes ist keine in dem Maße zwingende, daß sie den Täter zum Aufgeben seines Vorhabens bringen muß (RGSt. Bd. 24 S. 222, Ur V 68/07 vom 15. Februar 1907 und I 414/10 vom 20. Juni 1910). Auch im vorliegenden Fall kann der Tatsache, daß der Angeklagte in dem von ihm geöffneten Koffer Schleichhandelsware nicht in so großer Menge vorfand, wie er es erwartet hatte, nicht die Bedeutung eines von seinem Willen unabhängigen, ihn an der Ausführung hindernden Umstandes beigemessen werden. Die Ausführung der beabsichtigten Entwendung von Schleichhandelswaren war trotzdem, wenn auch in geringem Umfange, möglich; sie unterblieb, nicht weil der Angeklagte sie unter der Einwirkung jenes Umstandes glauben mußte aufgeben zu müssen, sondern weil er, ohne durch zwingende Gründe dazu veranlaßt zu sein, aus freien Stücken davon Abstand nahm (RGSpr. Bd. 4 S. 543 [545]).

Hiernach reichen die Feststellungen des angefochtenen Urteils nicht aus, um die Anwendung des § 46 Nr. 1 StGB. auszuschließen. . . .